



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

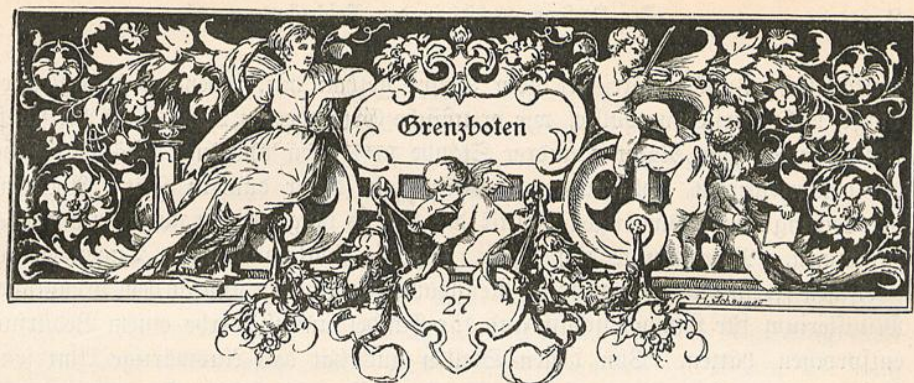
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Personenwechsel in den Reichsämtern

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Personenwechsel in den Reichsämtern



Es ist ein Irrtum, den Personenwechsel in den Reichsämtern des Auswärtigen und des Innern als einen Sieg der preußischen Agrarier, der Reaktion, der „Bismarckschen Fronde“ zu bezeichnen und zu beklagen. Weder der Ersatz des Freiherrn von Marschall durch Herrn von Bülow, noch der des Herrn von Bötticher durch den Grafen Posadowski ist, mit ruhigem Blute betrachtet, so zu deuten. Man sollte den Agrariern nicht den Gefallen thun, ihren Jubel über den angeblichen Sieg für aufrichtig zu nehmen. Daß sie sich freuen, wenn Marschall und Bötticher gehen, das ist ihnen zu glauben; aber daß sie es wären, die den Kaiser dazu vermocht hätten, ist ebenso unwahr, wie daß sie sich unter den neuen Staatssekretären sicher fühlten, weil nun ihr Weizen blühte. Solcher Siegesjubel gehört einfach zu den erprobten Hilfsmitteln der Parteiagitation; es ist ganz vortrefflich für die Propaganda unter den Bauern und Kleinbürgern, wenn man ihnen sagt: Seht, nun haben wir doch den Kaiser eines bessern belehrt! Wir haben vor Herrn von Marschall die größte Achtung gewonnen und bedauern sein Scheiden aus dem Reichsdienst aufrichtig. Aber das hat seinen Grund doch, ehrlich gestanden, nicht in seiner Leistung als Leiter der auswärtigen Politik im eigentlichen Sinne. Was ihm, dem frühern Vertreter des badischen Großgrundbesitzes, die Sympathien weiter Kreise des deutschen und preußischen gebildeten Bürgertums gewonnen hat, das war, ganz abgesehen von seinem energischen Vorstoß gegen die Mißstände in der preußischen politischen Polizei, vor allem seine Abwehr der „agrarischen Übergriffe,“ soweit sie Angriffe gegen die Handelsvertragspolitik des neuen Kurses waren. Herr von Marschall hat in dieser Frage in ehrlicher Entrüstung über Junkerprätensionen, die ihm von Hause aus fremd waren, den preußischen Rittergutsbesitzern ebenso die Zähne gezeigt, wie es vor neunzig Jahren der

Grenzboten III 1897

westdeutsche Junker, Freiherr vom Stein, gethan hat, indem er es schlechterdings nicht verstehen wollte, wie preußische Grundherren vom Staat wirtschaftliche Vorteile zum Nachteil anderer Stände verlangen könnten. Das war sicher ein dankenswertes, hellleuchtendes Beispiel in dieser dunkeln Zeit. Aber mit der Leitung der auswärtigen Politik des Reichs hing es doch nur sehr mittelbar zusammen. Man mußte sich sagen, daß die staatsmännischen Tugenden des badischen Freiherrn viel mehr im Reichsamt des Innern und in dem preußischen Ministerium für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe einem Bedürfnis entsprochen hätten. Von diesen Stellen aus hat das Auswärtige Amt seine Informationen über die wirtschaftlichen Interessen, die bei der Handelsvertragspolitik und dergleichen in Frage kommen, zu erhalten, und an diesen Stellen hat es eben leider seit Jahren an selbständigen Überzeugungen wie an ihrer energischen Vertretung gegenüber den „agrarischen Übergriffen“ in bedenklichem Grade gefehlt. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Herr von Marschall den Kampf herzlich satt hat, und daß er, überdies körperlich leidend, den Dienst gern quittirt. Wir sehen aber auch keinen Grund ein, warum ihm der Kaiser auf sein Abschiedsgesuch mit einem „Niemals“ hätte antworten sollen, wenn sich unter den deutschen Diplomaten von Fach für die Aufgabe der auswärtigen Politik eine bedeutende Kraft als Ersatz bot. Daß Herr v. Bülow eine solche Kraft ist, wird allseitig anerkannt, und wir müssen nach allem, was man zur Zeit in Erwägung ziehen kann, den Kaiser zu dieser Wahl, zu dieser Personalveränderung aufrichtig beglückwünschen.

Oder sollte uns etwa der Umstand davon abhalten, daß die Wahl des Herrn v. Bülow zum Staatssekretär des Auswärtigen, wie es den Anschein hat, unter der Billigung des Fürsten Bismarck erfolgt ist? Man braucht den Haß, mit dem Leute und Organe Bismarcks Herrn v. Marschall wie Herrn v. Bötticher seit der Zeit verfolgt haben, wo der eiserne Kanzler stürzte, wahrhaftig nicht beschönigen zu wollen, und man kann sich doch darüber freuen, daß endlich wieder einmal gerade auf dem Gebiete, auf dem es am dringendsten nothut, in einer wichtigen Personenfrage Rücksicht auf die Anschauungen und Wünsche des Alten im Sachsenwalde genommen wird und genommen werden konnte. Wir rechnen es dem Kaiser als hohes Verdienst an, daß er sich zu dieser Rücksicht auf den Mann entschlossen hat, mit dessen Namen sich thatsächlich eine Fronde in Preußen decken zu dürfen glaubt, aus der heraus selbst gegen die Person des Monarchen in nichtswürdiger Weise alles erdenkliche Gift gespritzt worden ist, kaum weniger als gegen Marschall und Bötticher, und wir wünschen aufrichtig, daß dieser neue Versuch, zu einem *modus vivendi* zu gelangen, bessern Erfolg haben möge als die bisherigen. Nichts wäre erwünschter, als daß Fürst Bismarck in dem neuen Staatssekretär des Außern das Medium fände, durch das er seinen unschätzbaren Rat befruchtend auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wirken lassen könnte, solange ihn

der Himmel noch erhält. Daß Fürst Hohenlohe selbst den Botschafter v. Bülow als den künftigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Friedrichsruh gleichsam vorgestellt hat, ist jedenfalls von der größten, erfreulichsten Bedeutung, was nur ungesunder Pessimismus oder Mangel an Patriotismus bestreiten kann.

Das wird auch dadurch nicht hinfällig, daß man, wenn die Bismarcksche Presse den Standpunkt Bismarcks zum Ausdruck bringt, zur Zeit auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet einen Einfluß Bismarcks auf die Regierung nicht wünschen kann. Aber nach allem, was bekannt geworden ist, können wir auch in dieser Richtung keinen Grund zu Befürchtungen entdecken. Der Ersatz des Herrn v. Bötticher durch den Grafen Posadowski ist sicher nicht im Sinne einer Wendung der Politik zum sozialen und wirtschaftlichen Rückschritt zu deuten, wie er augenblicklich als Bismarcksches Programm ausgegeben wird. Wir möchten die guten Dienste des Herrn v. Bötticher vor und nach 1890 nicht verkannt sehen. Es war schließlich nicht sein Fehler, daß kein Kanzler da war, der ihn richtig zu benutzen wußte. Aber Herr v. Bötticher ist nicht der Mann, der in der innern Reichspolitik wieder feste Überzeugungen und Grundsätze zur Geltung bringen könnte, gerade er war am wenigsten geeignet, den verfahrenen Wagen ins Gleise zu bringen, er, der Virtuose in der Art von Politik, die man mit dem Ausdruck „Fortwursteln“ zu bezeichnen pflegt. Wer sich die Mühe giebt, etwas tiefer in die Maschinerie des zu gewaltigem Umfang angeschwollenen Reichsamts des Innern hineinzusehen, der muß uns Recht darin geben, daß es ohne ernstliche Schädigung des Gemeinwohls so nicht mehr weiter gegangen wäre. Hier thun Reformen im großen Stil dringend not, Reorganisationen an Haupt und Gliedern, damit nicht die Schablone, der Bürokraten- und Subalternengeist unheilbar einreißt. Von Herrn v. Bötticher die Lösung dieser Aufgaben zu hoffen, hatten wir und mit uns sehr viele längst aufgehört. Ein persönlicher Vorwurf gegen ihn soll damit nicht ausgesprochen sein. Jeder dient nach seinen Gaben, und kein gerechter Beurteiler der Entwicklung unsrer Verhältnisse wird dem scheidenden Staatssekretär des Innern große Gaben und große Dienste absprechen. Aber den Aufgaben, die jetzt das Gemeinwohl gebieterisch stellt, entsprechen seine Gaben nicht. Freilich wissen wir nicht, ob der in Aussicht genommene Ersatzmann die heute unerläßlichen Gaben hat, aber wir haben auch keinerlei Anhalt, das Gegenteil anzunehmen, und niemand hat, wie es scheint, einen Bessern vorschlagen können. Die Staatsmänner sind eben heute weiße Sperlinge.

Aber vor allem sind uns heute auf dem Gebiete der innern Politik, dem sozialen und wirtschaftlichen namentlich — im Unterschiede von dem der auswärtigen, wo gerade jetzt nur unpraktische Raisonneure verlangen können, den Schleier von den verfolgten Zielen gelüftet zu sehen —, die hinreichend befundeten Grundsätze des Kaisers selbst die Gewähr gegen den Sieg des Rückschritts. Es

wird endlich einmal Zeit, daß sich das gebildete Bürgertum im Reiche darauf besinnt, daß soziale Reformen nicht getrennt von der geschichtlichen Entwicklung, nicht ohne klar erkennbare, in ihren praktischen Folgen zu beurteilende Ziele, nicht im Sinne einseitiger Doktrinäre und Modepolitiker, nicht unter Verzicht auf die Gerechtigkeit gegen alle Stände und Klassen vom Staate und seinem verantwortlichen Oberhaupte verfolgt werden können. Unglaubliches ist in dieser Beziehung in den letzten Jahren in gedanken- und ziellosem Politisieren, Drängen, Lärmen und Mörgelein geleistet worden, und das nicht etwa bloß von den Sozialdemokraten und von den zur Unzufriedenheit erzognen Arbeitern, sondern gerade von Männern in besserer Lage, in Amt und Würden, Professoren und Doktoren, Angehörigen des gebildeten Mittelstandes überhaupt. Der Gedanke, daß in der praktischen Staatskunst gewissenhaft jeder Schritt vorwärts und vollends öffentlich verkündete Ziele auf ihre Wirkungen unter den heute gegebenen Verhältnissen, bei dem heute vorhandenen Bildungsstande der Massen, bei den heute herrschenden Rechts- und Sittlichkeitsanschauungen des Volks geprüft werden müssen, scheint diesem gebildeten Mittelstande in erschreckendem Maße verloren gegangen zu sein. Kongresse von hervorragenden Vertretern der sozialen Bildung verlaufen seit Jahren in zunehmendem Maße in nutzlosen Verhandlungen, ohne daß der praktische Politiker, der ernsthaft die Förderung des Gemeinwohls und besonders des Wohls der arbeitenden Klassen verlangt, auch nur die geringste Belehrung aus den weisen Reden und Gegenreden entnehmen könnte, was die Herren eigentlich und wie sie es erreicht sehen wollen, ohne tatsächlich das oberste zu unterst zu kehren, ohne den offenbarsten Umsturz unsers ganzen Kulturlebens. Es ist doch wahrhaftig eine unverantwortliche Oberflächlichkeit, wenn gebildete Männer den, der diesem Treiben entschieden absagt, und sei es der Kaiser selbst, ohne weiteres der Verleugnung des sozialen Fortschritts, des Umkippens, wie man zu sagen pflegt, zu Gunsten des sozialen Rückschritts zeihen. Auf Einzelheiten gehen wir nicht ein, die Zukunft wird noch genug Gelegenheit geben zum Kampf gegen die sozialpolitischen Übertreibungen, Einseitigkeiten, Ungerechtigkeiten und Narrheiten. Nur auf die ungeheure Gefahr sei hingewiesen, die in dieser Haltung gerade des gebildeten Mittelstandes liegt, heute, wo der Kaiser auf ihn mehr als jemals rechnen können sollte zur Abwehr der Rückschrittler. Die Leute verrennen sich blind in verbitterte und verbitternde Opposition und erschweren die Lösung der gewaltigen Aufgaben, die der Staatsleitung obliegen, bis zur Unmöglichkeit. Ernst genug hat der Kaiser in seiner jüngsten programmatischen Äußerung in Bielefeld diesen Modepolitikern eine Lehre gegeben, aber eine Geschichtsfälschung ist es, wenn man in die Äußerungen eine Verleugnung der sozialreformatorischen Ziele legt, zu denen er sich vor sieben Jahren bekannt hat, und zu deren Anbahnung er die Staaten der zivilisierten Welt aufgerufen hat.

Aber auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht ist es eine beklagenswerte, gefährliche Verirrung, wenn man, namentlich in kaufmännischen und industriellen Kreisen, die neuesten Vorgänge so auffaßt und darstellt, als ob der Kaiser selbst jetzt ins agrarische Fahrwasser eingeschwenkt wäre. Am allerwenigsten berechtigt der Personenwechsel in den Reichsämtern zu dieser Deutung. Der Wagen ist auf diesem Gebiet in den Sumpf gefahren bis an die Achsen, das sieht der Kaiser sicher am besten ein. Wer hilft ihm, ihn herauszuholen? Wer sind die Kapazitäten in Handel und Industrie, die von den eignen Standesgenossen selbst als die „kommenden Männer“ für diese Aufgabe anerkannt würden? Wo sind die Größen der volkswirtschaftlichen Wissenschaft, die der Nation für fähig gelten, praktisch Hilfe zu leisten? Eine Krisis sondergleichen ist vorhanden, nicht der Minister, nicht bestimmter Grundsätze und Programme in der Regierung, eine Krisis der Anschauungen und Grundsätze überhaupt im ganzen Volke und am allermeisten in der gebildeten Welt. Der Kaiser hat diesen Prozeß zu bewachen und, soweit möglich, zum guten Ende hin zu leiten. Das ist eine einfache und unumstößliche Tatsache, nicht etwa die Konsequenz eines übertriebenen Monarchismus in unserm Kopfe. Man kann diese extrem monarchische Zuspitzung der Lage grundsätzlich beklagen, aber leugnen kann man deshalb die Tatsache nicht und ebenso wenig die weitere, daß der Kaiser in echter Hohenzollernart sich dieser Aufgabe voll bewußt ist und alles, er persönlich sein ganzes Ich, einsetzt, um ihr gerecht zu werden, skeptisch nach links und rechts den sich ihm aufdrängenden widersprechenden Ratschlägen gegenüber. Nur wer sich diese ganze Lage vor Augen hält, wird die einzelnen Vorgänge richtig beurteilen können, freilich auch oft genug sich des Urteils vorläufig zu enthalten haben, was heute dem gebildeten Deutschen besonders schwer fällt, aber gerade von dem Gebildeten vor allem verlangt werden muß. Es ist überaus traurig, daß wir auch hier, in den wirtschaftlichen Fragen, den gebildeten Mittelstand, Kaufleute und Industrielle, blind den Feldzeichen einer grundsätzlichen Opposition gegen die Staatsgewalt zuströmen sehen, statt mit dem Kaiser den Kampf gegen die Zerfahrenheit und Verworrenheit, die Einseitigkeiten und Übertreibungen in allen praktischen Fragen aufzunehmen.

Wir denken nicht daran, uns damit des Rechts der Opposition gegen falsche Maßnahmen der Regierung, auch gegen unrichtige Entscheidungen des Kaisers selbst und der verbündeten Fürsten zu begeben. Aber das verlangen wir von jedem gebildeten Manne, daß er, wenn er opponiert, sich den Standpunkt und die Lage des Gegenteils gewissenhaft klar macht. Würde dieser Pflicht von den sozial- und wirtschaftspolitischen Nörglern und Lärmmachern von heute entsprochen, man würde zu dem Schlusse kommen, daß wir nach allem, was in der Gegenwart einen Anhalt zur Beurteilung der Lage bietet, auch heute noch zu der Politik des Kaisers Vertrauen haben können und Vertrauen haben müssen. Ohne dieses Vertrauen sehen wir keinen Ausweg aus der Krisis, und

verdammt sei deshalb der, der leichtfertig das Vertrauen untergräbt. Fehler im einzelnen macht auch der, dem man im ganzen vertrauen muß. Bekämpfen wir die Fehler, ohne das berechtigte Vertrauen zu stören, dann wird der Himmel das deutsche Volk am sichersten davor bewahren, sein Vertrauen zur Hohenzollernpolitik jemals getäuscht zu sehen.

Es ist natürlich, daß bei einer Besprechung des Personenwechsels in den Reichsämbtern am meisten die äußerlich absonderlichste Personalveränderung erwähnt wird, die Bestellung eines Kavallerieoffiziers zum Staatssekretär des Reichspostamts. Was die Sache anlangt, so stehen wir nicht an, die Möglichkeit zuzugeben, daß ein Nichtpostmann als oberste Spitze der Reichspost unter Umständen vortreffliche Dienste leisten, ja notwendig sein kann, gerade so, wie ein Kavallerieoffizier unter Umständen der beste Reorganisator der Artillerie werden kann. Ob für die Reichspost solche Umstände vorliegen, ist nicht bekannt. Die Person dagegen ist in Berlin hinreichend bekannt, und deshalb die Personenfrage für uns vorläufig ein Rätsel. Poddbielski hat sich, soviel wir wissen, abgesehen von seiner militärischen Laufbahn bis zum Regimentskommandeur — die Brigade hat er nur einige Monate kommandirt —, hauptsächlich ausgezeichnet als Geschäftsführer des Unionklubs in Berlin und neben dem eigentlichen Organisator, einem Hauptmann von Wedel, als Mitarbeiter bei der Gründung und Entwicklung des Offiziervereins, eines Handelsgeschäfts in großem Maßstabe. Sport und Kaufmannschaft vereint war äußerlich erkennbar die Vorschule dieses Offiziers für seine neue Laufbahn. Wo immer er mitwirkte, hat es Poddbielski, wie versichert wird, geschickt verstanden, sich großen Einfluß und Anerkennung am gehörigen Ort zu verschaffen, und daß er das auch als Staatssekretär des Reichspostamts zunächst in einem gewissen Sinne verstehen wird, daran wird nicht gezweifelt. Er soll ein Mann von ganz ungewöhnlicher Klugheit sein; das besondre Wohlwollen des Kaisers soll er früher nicht gehabt haben. Wir hoffen, daß er seine außergewöhnliche Begabung uneigennützig in den Dienst der Reichspost stellen, namentlich, daß er für die große Armee seiner Untergebenen werthätiges, von Herzen kommendes Wohlwollen zeigen wird. Die Aufgabe ist schwer, aber vielleicht wird er sie besser lösen, als viele heute meinen. Wenn nicht, dann möge Lucanus bald seines Amtes walten!

